

Tote reden nicht

Angeblicher Attentäter von Berlin in Italien von Polizisten erschossen

Nun ist der Gejagte tot. Am frühen Freitag morgen haben italienische Polizisten Anis A. in Mailand erschossen. Er soll allein und auffällig unterwegs gewesen sein. Einer Kontrolle habe er sich widersetzt und die Beamten als »Bastarde« bezeichnet. Anschließend sei es zum tödlichen Schusswechsel gekommen.

Italiens Innenminister Marco Minniti bestätigte am Freitag, es bestehe »nicht der Hauch eines Zweifels« an der Identität des Getöteten. Eine lückenlose Aufklärung des Anschlags auf einen Berliner Weihnachtsmarkt vom Montag rückt mit dem Tod des Hauptverdächtigen in weite Ferne; einen rechtsstaatlichen Prozess gegen ihn wird es nicht geben. Die Bundesregierung dankte Italien für die enge Zusammenarbeit. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) zeigte sich auf einer Pressekonferenz in Berlin erfreut: »Ich bin erleichtert, dass von ihm keine Gefahr mehr ausgeht.«

Wie Anis A., der einen Teil seiner Papiere in dem Lkw liegengelassen haben soll, trotz europaweiter Fahndung von Berlin aus nach Mailand gekommen ist, blieb vorerst unklar. Doch kein Anschlag ohne Spekulationen, und so wird in Medienberichten bereits eine grenzüberschreitende Zugreise des Verdächtigen rekonstruiert.

Die ermittelnde Bundesanwaltschaft konzentriert sich unterdessen auf die Suche nach möglichen Helfern. »Für uns ist es jetzt von großer Bedeutung festzustellen, ob es bei der Tatvorbereitung, bei der Tatausführung und auch bei der Flucht des Gesuchten ein Unterstützernetzwerk, ein Helfernetzwerk, ob es Mitwisser oder Gehilfen gab«, sagte Generalbundesanwalt Peter Frank am Freitag in Karlsruhe.

Nach dem Attentat ist vor der nächsten Gesetzesverschärfung. Im Januar will Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) mit de Maizière über Konsequenzen aus dem Attentat beraten. Das kündigte Maas am Freitag in Berlin an. »Klar ist: Unsere Sicherheit und unsere Freiheit müssen wir mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln schützen«, rechtfertigte Maas bereits vorab geplante Einschränkungen von Grundrechten. Zuerst sollen davon Asylsuchende betroffen sein.

(AFP/dpa/jW)

<http://www.jungewelt.de/2016/12-24/002.php>